

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

„...es hat sich in den letzten Jahren immer mehr gezeigt, dass die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben die Verwaltungskraft der Klein- und Kleinstgemeinden , auch wenn sie in Ämtern zusammengeschlossen sind, vielfach übersteigt und dass vor allem die Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie sie heute im modernen Sozialstaat als unerlässlich gelten, für einen räumlich zu eng begrenzten nicht oder nur in unwirtschaftlicher Weise geschaffen werden können.

Ziel der Reformen muss daher sein, auf der örtlichen Ebene größere Verwaltungseinheiten zu schaffen, die mit einer einheitlichen, rationalisierten und fachlich soweit als möglich und nötig spezialisierten hauptamtlichen Verwaltung die Auftragsangelegenheiten zur Erfüllung nach Weisung, vor allem aber auch alle Selbstverwaltungseinheiten übernehmen können, die einerseits zu heutigen Mindeststandard der gemeindlichen Selbstverwaltung zählen, zum anderen sachgerecht nur für einen größeren Bereich einheitlich durchgeführt werden können.“

Verehrte Gäste,

Größere Verwaltungseinheiten, effektiveres Arbeiten, moderne Dienstleistungsstrukturen – fast könnte man meinen, es handele sich bei der Eingangssequenz um ein aktuelles Zitat des 21. Jahrhunderts.

Tatsächlich habe ich aus dem über 50 Jahre alten Erlass des damaligen nordrhein-westfälischen Innenministers Willy Weyer vorgelesen, dem offiziellen Startsignal für die kommunale Neugliederung...

Dem vorausgegangen waren damals schon jahrelange Diskussionen auf Landes- und kommunaler Ebene.

Dr. Wilhelm Lenz, CDU Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag, sagte gut ein Jahr zuvor: „Viele Zwerggemeinden sind nicht mehr lebensfähig. Wir sollten zum Zusammenschluss von Kleingemeinden ermuntern.“ In der Presse nannte man die häufig auf ein einziges Dorf beschränkten Kommunen damals „Liliputgemeinden“.

Im Altkreis Euskirchen warb Dr. Karl-Heinz Decker, der auch heute unser Gast ist - damals Referent, Stadtverordneter in Euskirchen und Assessor im Bundesinnenministerium - , nun, dieser spätere Oberkreisdirektor Dr. Karl-Heinz Decker warb bereits in einem Vortrag am 22.11.1966 vor der kommunalpolitischen Vereinigung in einem leidenschaftlichen Plädoyer für eine Neuordnung.

Zitat: „Das soziale Gefälle zwischen Stadt und Land auszugleichen, das Leben auf dem Land attraktiv zu machen, der Dorfbevölkerung die Annehmlichkeiten zu bieten, die dem Stadtbewohner selbstverständlich sind, das ist das Ziel der Raumordnung, wie sie Bund und Land seit Jahren anstreben.“

Bereits ein Jahr zuvor titelt der Kölner Stadt-Anzeiger: „Kämmerer prescht vor“. Gemeint war der damalige Kämmerer des Amts Satzvey und spätere Landrat Josef Linden: In einer Sitzung des Amtsrates Satzvey-Wachendorf-Enzen beklagte er, dass es immer noch Vorschrift sei, für jede der 15 Gemeinden und das Amt dazu einen separaten Haushaltsplan aufzustellen. Das bedeutete, wie wir später noch hören werden, einen eigenen Gemeindeetat mit allen kameralistischen Feinheiten für ein Etatvolumen von wenigen Zehntausend Mark. Zum Teil lebte da die Verwaltung um ihrer selbst willen...

Das Land machte damals schon Druck und reduzierte bei Kleingemeinden unter 5000 Einwohnern die Schlüsselzuweisungen um fünf Prozent. Damit wolle das Land keineswegs die Kleingemeinden benachteiligen, unkte Kämmerer Josef Linden, jedoch dränge sich der Verdacht auf, dass man in Düsseldorf die Bildung von Großgemeinden fördern wollte. Das Stichwort der sanften Gewalt, von Zuckerbrot und Peitsche der Landesregierung machte die Runde.

Ab Mitte der sechziger Jahre bestimmte das Thema Gebietsreform die Tagespresse. Redakteure mischten zum Teil mit eigenen Neuordnungsplänen für das Kreisgebiet bei der öffentlichen Meinungsbildung kräftig mit.

Der Kölner Stadt-Anzeiger knüpfte bereits zu Beginn des Jahres 1965 unmittelbar an die sogenannte Blaßsche Kreisreform des damaligen Euskirchener Landrats und Bauunternehmers Rudi Blaß, an, die drei Jahre zuvor Jahren Unmut, Empörung, eisige Ablehnung, aber auch

leidenschaftliche Befürworter in der Bevölkerung des Kreises Euskirchen gefunden hatte.

Der Presse stellte sich auf die Seite des Landrats und anderer leitender Persönlichkeiten, die sich für das Projekt Kreisreform aussprachen. Doch die Blaßsche Kreisreform setzte sich nicht durch. Wer war daran schuld? Die Eigensinnigkeit der vielen Zwerggemeinden im Kreis? Waren es die vielen Bürgermeister und Ratsherren, die um ihre Macht, um ihre Titel bangten?

Jedenfalls sah sich der Landrat einer derartigen Anzahl von „Wage-es-nicht-Rufen“ selbst aus den eigenen Reihen ausgesetzt, dass er, der die Kreisreform als seinen Wahlkampfschlager propagiert hatte, seine eigenen Ideen wieder wie einen heißen Lappen fallen ließ.

Es sei wie in Samuel Becketts Drama „Warten auf Godot“, schreibt der Stadt-Anzeiger: Keiner kenne Godot, der das anscheinend Unmögliche möglich machen würde.

Wie zersplittert die kommunale Landschaft damals war, zeigt ein Blick auf die Gemeindestruktur im früheren Kreis Euskirchen:

Der Kreis Euskirchen – wohlgemerkt der Altkreis Euskirchen zwischen Weilerswist und Kommern, Vettweiß und Münstereifel - hatte 1965 rund 110.000 Einwohner in 85 Gemeinden (einschl. 4 Stadtvertretungen, 14 Amtsvertretungen und einem Kreistag). Das brachte nicht weniger als

850 Gemeinde- und Kreisvertreter sowie 85 Gemeinde- und Amtsbürgermeister und einen Landrat mit sich, die die Bürger mit Aufwandentschädigungen auszustatten hatten.

Und: Die Kreisverwaltung musste alle Satzungen, Haushaltpläne usw. aller 85 Klein- und Kleinstparlamente nachrechnen und überprüfen. Der Landkreis Köln – ohne die Stadt Köln – zählte damals zum Vergleich über 200.000 Einwohner, hatte aber nur neun Großgemeinden.

Man rechnete aus, dass bei einer Gebietsreform im Kreis Euskirchen mit einer Konzentration auf beispielsweise 14 Großgemeinden mit 14 Gemeindeparlamenten in einer einzigen Wahlperiode zwischen drei und fünf Millionen D-Mark eingespart würden.

Die kleinste Gemeinde des Kreises Euskirchen war Dorweiler – heute Gemeinde Nörvenich/Kreis Düren - mit 180 Einwohnern. Der Gemeindehaushalt betrug 50.000 Mark. Die größte Gemeinde war Euskirchen mit 21.445 Einwohnern. Neben den zwölf Amtsgemeinden, gab es mit Euskirchen und Zülpich noch zwei amtsfreie Städte. Nicht unerwähnt bleiben darf auch, dass Ertstadt noch zum damaligen Altkreis Euskirchen gehörte.

Zu welchen Auswüchsen die damaligen Verwaltungsstrukturen geführt haben, sah man am Sonderfall der Verwaltungsgemeinschaft Zülpich, Land und Stadt: Stadtdirektor Trimborn war unter anderem 13mal Gemeindedirektor, dreimal Amtsdirektor, einmal Stadtdirektor und darüber hinaus noch Chef der Verwaltungsgemeinschaft. Die politischen

Beschlüsse, die er umzusetzen hatte, wurden von dreizehn Gemeinderäten, drei Amtsräten, einem Stadtrat und einem Verwaltungsgemeinschaftsausschuss erlassen. Angesichts dieses Ämter- und Gremienwustes titelte der Kölner Stadt-Anzeiger am 5.11.1966: „Stadtdirektor in Zülpich - siebzehnfacher Supermann oder ein armer Teufel?“

Im damaligen Kreis Schleiden sah die kommunale Welt nicht weniger gesplittert aus. Dort waren es 71 kleinere und größere Gemeinden (inkl. der amtsfreien Gemeinde Dreiborn sowie der Städte Schleiden und Gemünd).

Die Gemeinde Mechernich mit Roggendorf und Strempt war mit 6450 Einwohnern die zahlenmäßig Größte, aber ganze 36 Gemeinden im Altkreis Schleiden hatten weniger als 500 Einwohner. Zeitweise wurde das Konstrukt von Amtsgemeinden diskutiert, aber ministeriell verworfen. Daraufhin schlug der damalig Schleidener OKD Dr. Mertens der Landesregierung die Bildung von neun großen Gemeinden vor. Allerdings könne wegen der Weitläufigkeit und dünnen Besiedlung die vorgesehene Untergrenze von 5000 Einwohnern nicht erreicht werden.

Die Emotionalität war groß, besonders unter den Gemeinde- und Amtsräten, aber auch die Bevölkerung engagierte sich – heute möchte ich fast sagen selbstverständlich – für den Erhalt der eigenen Selbständigkeit. War doch über Jahrhunderte das Dorf die ganze Welt – und das Nachbardorf häufig schon die Konkurrenz.

Das muss auch die Düsseldorfer Landesregierung registriert haben. Wenn man etwas scheute in dieser lebhaften Neugliederungsdiskussion, dann waren es Bürgerentscheide. Auch die Entscheidungskompetenz der kommunalen Gremien wollte man weitgehend ausschalten. Stattdessen rief das Innenministerium Oberkreisdirektoren auf, Vorschläge für eine Reform in ihrem Kreis zu machen und zwar allein aus ihrer Sicht, d.h. ohne vorherige Abstimmung in den politischen Gremien.

Im Kreis Euskirchen war es vor allem der damalige Kreisdirektor und spätere OKD Bernhard Disse, der an einer Neugliederung des Altkreises Euskirchen arbeitete, strategisch aber bereits die Neugliederung der Kreise im Visier hatte, die auch 1972 tatsächlich kommen sollte.

Das bewusste Ausschalten der Gemeindeparlamente führte zu heftigen Reaktionen bei den Amtsdirektoren und Bürgermeistern der Gemeinden. In der Diskussion vor Ort spielte bei der Frage, mit wem man sich verheiraten wollte, neben der Frage einer möglichen Dominanz des Partners, vor allem das Vermögen bzw. die Schulden eine große Rolle. Welche bisher schuldenfreie Kleinstgemeinde war schon daran interessiert, die Schulden anderer Kommunen mit zu übernehmen?

Wie sahen die Vorschläge damals für unser heutiges Stadtgebiet aus? Ende 1966 gab es die ersten Vorschläge – initiiert vom damaligen Kommerner Gemeindirektor Norbert Leduc, der Kommern über die damalige Kreisgrenze hinaus mit Mechernich fusionieren wollte.

Aus dieser Verbindung würde ein leistungsfähiges Gebilde entstehen, das mit 55 qkm und mehr als 11.500 Einwohner vielseitig strukturiert wäre. In seinem Kerngebiet könnte man mit 293 Einw./qkm den Beginn einer mittelstädtischen Verdichtung der Bevölkerung erkennen. Die Verkehrslage wäre außerordentlich günstig, auch überregional, so Leduc 1966 im Kölner Stadt-Anzeiger.

Bereits vor Weihnachten 1966 wollten sich die Mechernicher und Kommerner Ratsherren zusammensetzen, um über eine „Heirat“ und die gemeinsame Zukunft nachzudenken. Als Erstes war geplant, ein gemeinsames Hallenschwimmbad zwischen Mechernich und Kommern zu bauen. Das Treffen wurde aber vor allem auf Druck der Mechernicher CDU wieder abgeblasen. Die Presse spekulierte „In Mechernich wächst offensichtlich der Widerstand gegen ein gemeinsames Kommern-Mechernich.“ Einige Mechernicher Politiker misstrauen dem vor Ideen und Initiativen nahezu sprühenden Kommerner Verwaltungschef Norbert Leduc. Sie fürchteten seine Dominanz und die Vormachtstellung eines Kommerner Gemeinderates, mit dem Leduc zusammen so erstaunliche Dinge wie die Gründung der Trabantensiedlung Kommern-Süd sowie die Ansiedlung des Rheinischen Freilichtmuseums und des Hochwildschutzparks Rheinland zu Wege gebracht hatte.

Die Presse stellte sich auf die Seite der Kommerner. Mit einer Fusion am Bleiberg würde Mechernich wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt für 10.000 Menschen. Ein zweizügiges Gymnasium in Mechernich , eine voll ausgebaute Realschule in Kommern und in der Mitte das gemeinsame Schwimmbad: Das wäre aber erst der Anfang,

kommentierten die Kölner Tageszeitungen in ihren Euskirchener und Schleidener Lokalausgaben.

Ein Interview des Mechernicher Bürgermeisters Peter Giesen im Dezember 1967 überschreibt die Kölnische Rundschau mit der Schlagzeile: „Mechernich bietet sich als Braut für viele benachbarte Freier an. Großgemeinde habe bald alle Voraussetzungen für 30.000 Einwohner.“. Und, das Zitat eines selbstbewussten Bürgermeisters Peter Giesen: „Wir gehen nicht als Bettler übers Land!“

In den Interviewtext eingebettet befindet sich ein Foto vom damals im Ausbau befindlichen Verbindungsweg zwischen Mechernich und Kommern, die heutige Verlängerung des Mechernicher Weges durch den Wald nach Mechernich zum Schimmelsweg. Unter dem Bild steht: „Mechernich und Kommern rücken näher; der Verbindungsweg zwischen den beiden Orten wird neu ausgebaut und erhält eine Schwarzdecke.“

Die Kommerner Bevölkerung begrüßte anscheinend den von ihrem Gemeindedirektor präferierten Zusammenschluss der Gemeinden Kommern und Mechernich. Unter den sogenannten „Leuten auf der Straße“ war die Zustimmung jenseits von Greesberg und Altusknipp wohl ähnlich, wenn auch etwas verhaltener, wie sich in eigens einberufenen Bürgerversammlungen zeigte.

Hätte man die Teilnehmer dieser Bürgerversammlungen damals entscheiden lassen, sie hätten sich für eine Zugehörigkeit zum Kreis Euskirchen laut Disse-Plan ausgesprochen. Eine Zusammenlegung der

Kreise stand ja zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Debatte. Sie sollte der ersten kommunalen Neugliederung aber schon 1972 in einem zweiten Schritt folgen.

Das „Nein“ zu Schleiden und „Ja“ zu Euskirchen kann man sich wirtschaftlich und infrastrukturell erklären. Die Mechernicher Bevölkerung und die der umliegenden Gemeinden war und ist von den Arbeitsplätzen und vom Einkaufsverhalten eindeutig in Richtung Euskirchen und Großraum Köln orientiert.

Außerdem war Mechernich, zu Bergwerkszeiten – und die waren noch nicht lange her – der mit Abstand größte brummende Wirtschaftsmotor der ganzen Region, vom Schleidener Kreistag stets stiefmütterlich behandelt, wenn nicht vernachlässigt worden. Mitunter schien es, als rümpfte man damals in den bürgerlich-agrarwirtschaftlich dominierten heutigen Südkreiskommunen die Nase über das Bergarbeiterdorf am Rand. Besonders in den dominierenden Städten Schleiden und Gemünd herrschte wenig Sympathie für Mechernich.

Peter Giesen sagte der Kölnischen Rundschau 1967: „Der Kreis Schleiden muss sich genau überlegen, was er mit Mechernich künftig anstellt, sonst droht ein Volksentscheid, der uns in den Kreis Euskirchen eingliedern würde. Die maßgeblichen Stellen sollen sich etwas einfallen lassen und nicht wieder so mit Mechernich umspringen, sonst hat das letzte Stündchen für den Kreis Schleiden geschlagen.“

Hintergrund dieser drastischen Ausführungen, die sich in Punkto Aus für den Kreis Schleiden bewahrheiten sollten, waren Überlegungen auf Kreisebene, das Kreiskrankenhaus von Mechernich in einen Neubau nach Kall zu verlagern. Zu der Zeit saß kein einziger Mechernicher Kreistagsabgeordneter im Krankenhausausschuss, wie Chefarzt Dr. Geyer öffentlich kritisierte.

Die Mechernicher Bestrebungen, den Kreis zu wechseln, blieben nicht ohne Folgen. Im Schleidener Kreishaus schrillten die Alarmglocken. „Der Kreis Schleiden steht und fällt damit, ob Mechernich bleibt oder nicht“, sagte Oberkreisdirektor Dr. Mertens der Kölnischen Rundschau im Oktober 1967. Und, immerhin zu diesem Zugeständnis an das „Bergarbeiterdorf“ war er bereit: Der Kreis Schleiden könne auf das Mechernicher Industriegebiet nicht verzichten.

Aber auch andere Randgemeinden des Amtes Mechernich machten sich früh Gedanken über ihre künftige Zugehörigkeit. In der Gemeinde Weyer mit Weyer, Eiserfey, Kallmuth, Vollem, Urfey und Kallmuth begann eine Debatte um einen Austritt aus dem Amt Zingsheim und einen Beitritt zu Mechernich.

Wie überall, gab es Befürworter und Gegner für die eine oder andere Lösung. Nachdem Ratsherr Voissel ein eindeutiges Plädoyer für den Anschluss an Mechernich aufgrund der zentralörtlichen Funktionen, der Wirtschaftskraft und der weiterführenden Schulen abgegeben hatte, meldete sich Ratsherr Lutterbach aus Vollem mit der Aussage, man wolle nicht in Mechernich das fünfte Rad am Wagen sein und auch die

Wirtschaftskraft Mechernichs sei mit Vorsicht zu genießen. „Lass die in Mechernich doch ihre Einrichtungen schaffen und wir nutzen sie dann trotzdem mit“, meinte Lutterbach mit einer gewissen Bauernschläue.

Gleichwohl stimmte der Gemeinderat Weyer im April 1968 schließlich mit großer Mehrheit für den Beitritt zur neuen Großgemeinde Mechernich.

In Mechernich selbst ging die Umwandlung des Amtes Mechernich in diese neue Großgemeinde am 9.8.1968 in rekordverdächtiger Zeit über die Bühne. Innerhalb einer Viertelstunde beschlossen die Vertreter der vormals amtsangehörigen Gemeinden Mechernich, Harzheim, Holzheim, Breitenbenden und Vussem-Bergheim die Auflösung des Amtes und im Rahmen eines Gebietsänderungsvertrages ihren Zusammenschluss zur Großgemeinde Mechernich.

Nach dem endgültig feststand, dass im Nordwesten von Mechernich auch das Amt Hergarten aufgelöst werden sollte, schlossen sich die Gemeinden Bleibuir, Glehn, Hostel, Berg, Floisdorf und Eicks ebenfalls der neuen Großgemeinde Mechernich an. Damit hatte die Neuordnung um Mechernich herum – zumindest auf dem Gebiet des Altkreises Schleiden - zunächst ihren Abschluss gefunden.

Wesentlich schwieriger und noch medienwirksamer gestaltete sich im Altkreis Euskirchen die Auflösung des Amtes Satzvey-Wachendorf-Enzen. Auf der einen Seite stand die amtsfreie Gemeinde Kommern mit Bürgermeister Toni Bauer und Gemeindedirektor Norbert Leduc. Auf der anderen Seite das Amt Satzvey mit Amtsbürgermeister Carl Bolten aus

Enzen und Amtsdirektor Peter Jäntgen. Die Kommerner machten keinen Hehl aus ihrer Präferenz für eine kreisübergreifenden Großgemeinde Mechernich-Kommern. Doch sollten die Kreisgrenzen vorerst Tabu sein, deshalb forderten die Enzener bei einem Zusammenschluss mit dem benachbarten Amt Satzvey den Verwaltungssitz für sich.

In Satzvey sah man das natürlich genau andersrum. Dort strebte man den Zusammenschluss der 15 amtsangehörigen Gemeinden, die auf der Landkarte die Fläche von Schwerfen im Westen bis Ülpnich im Osten und von Linzenich-Lövenich im Norden bis Kreuzweingarten-Rheder im Süden abdeckten, zu einer Großgemeinde mit Verwaltungssitz Satzvey an.

Relativ schnell wurde jedoch klar, dass Schwerfen nach Kommern wollte. Im Billiger Rat kam es zu einer Patt-Situation, d.h. man wollte die Selbstständigkeit vorerst nicht aufgeben. Also holten sich Amtsdirektor und Amtsbürgermeister von Satzvey die Voten der Gemeinderäte der übriggebliebenen 13 anderen Gemeinden ein – ohne Schwerfen und Billig - und schickten den Neuordnungsplan als erste im Altkreis Euskirchen zum OKD mit der Bitte um Weitergabe ans Innenministerium.

Da bewahrheitete sich die biblische Weisheit, wonach die Ersten die Letzten sein werden . . . Der Plan blieb bei der Kreisverwaltung – möglicherweise nicht ohne Absicht- in der Schublade liegen.

Oberkreisdirektor und Innenministerium hatten das Schicksal des Amtes Satzvey-Wachendorf-Enzen nämlich längst besiegelt . . .

Die Begründung war nicht ganz von der Hand zu weisen: Denn der angestrebten Großgemeinde fehlte das Zentrum. Satzvey war kein Zentrum, dafür fehlten Einwohner und Infrastruktur. Ende 1967 hatte der Ort nur 740 und die Gemeinde Satzvey-Firmenich ganze 1275 Einwohner. Demgegenüber stand Kommern mit einem echten Zentrum und 3352 Einwohnern.

Zu der Zeit rächte sich, dass die Gemeinde Satzvey zwar relativ schuldenfrei war, aber man hatte es - die landwirtschaftliche Prägung stets im Blickfeld – in der Vergangenheit versäumt, größere Wohngebiete auszuweisen.

Ganz anders in Kommern. Dort hatte der junge dynamische Gemeindirektor Norbert Leduc mit einem loyalen Rat zunächst über Flurbereinigungsverfahren die Landwirte aus Kommern ausgesiedelt und anschließend über die Ausweisung großer Wohnbauflächen die Einwohnerzahl und das Gesicht Kommerns innerhalb nur eines Jahrzehnts verändert.

Nach und nach mussten Jäntgen, Bolten und das erträumte Großgebilde Satzvey erleben, wie verschiedene Gemeinden ihre vormaligen Beschlüsse in teils sehr turbulenten Ratssitzungen aufhoben und sich anderen Partnern zuwendeten. Dabei zogen sich die „Frontlinien“ oft mitten durch Orte und Familien. Am Ende kam es zum „Knock Out“ für

Weiter heißt es dort: „Sentimentalität ist in jedem politische Gremium fehl am Platze. Politiker sind hartgesottene Burschen, wenn auch mancher mit einem weichen Kern. Wenn jedoch jemand Mitgefühl verdient, dann der Satzveyer Amtsdirektor Peter Jäntgen.“ An der Theke im Gasthaus Wassenhoven in Satzvey kursierte folgender Witz. Frage: „Was haben Amtsdirektor Peter Jäntgen und der Schlagersänger Udo Jürgens gemeinsam?“ Antwort: „Beide singen zur Zeit mit wenig Erfolg: »O, bleib bei mir, O bleib bei mir.....«“.

In einer Amtsvertretersitzung in Satzvey am 2.12.1967, in der OKD Dr. Disse und Kreisrechtsassessor Dr. Decker mit angereisten Regierungsvertretern das Aus für die Großgemeinde Satzvey verkündeten, ging es hoch her. Ratsherr von Mallinckrodt aus Wachendorf wird am Tag danach mit den Worten zitiert: „Die Zusammenballung, die jetzt angestrebt wird, wird eines Tages zum Kommunismus führen. Mit roher Gewalt vom grünen Tisch aus etwas kaputt zu machen, kommt einem Verbrechen gleich.“

In einem Leserbrief hielt der Kommerner SPD-Kreistagsabgeordnete und Ratsherr Hubert Offermann klassenkämpferisch dagegen: Er sprach vom „Herrn Fabrikanten, Brauerei- und Rittergutsbesitzer und Bürgermeister Bolten aus Enzen bzw. vom Herrn Schloss- und Gutsbesitzer, Land- und Forstwirt, Graf Beissel von Gymnich, und vom Herr Steinbruchbesitzer und Straßenbaumaterialien-Fabrikanten Bell aus Kalkar...“.

Letztendlich beschloss der NRW-Landtag auf der Grundlage des Disse-Planes zum 1.7.1969 die Bildung von sechs Großgemeinden im Altkreis

Euskirchen. Kommern, Schwerfen, Firmenich-Obergartzem, Satzvey, Antweiler Lessenich, Wachendorf und Weiler wurden zur Gemeinde Veytal mit Verwaltungssitz in Kommern verbunden.

Der letzte Akt im Neugliederungsgescharre wurde genau drei Jahre später im Rahmen des Aachen-Gesetzes mit der Auflösung des Kreises Schleiden und des Regierungsbezirks Aachen zum 1.7.1972 vollzogen. Nun wurden die Gemeinden Veytal und Mechernich zur neuen Gemeinde Mechernich mit Verwaltungssitz in Mechernich fusioniert.

Gleichzeitig kam Schwerfen von Veytal zur Stadt Zülrich und Kalenberg wurde von der Gemeinde Kall nach Mechernich eingemeindet. Weitere drei Jahre später bekam die neue Gemeinde Mechernich die Stadtrechte verliehen.

Damit waren innerhalb von sechs Jahren die ehemaligen Randgemeinden Kommern und Mechernich der Altkreise Euskirchen und Schleiden zur zweitgrößten Kommune mit den Funktionen eines Mittelzentrums in der Mitte des neugebildeten Kreises Euskirchens aufgestiegen.

Verehrte Gäste,

die Kreisneugliederung lief nicht weniger strittig ab wie die Gemeindeneuordnung. Es gab mehrere Vorschläge und Gutachten. In den Köpfen vieler Südkreisbewohner hat sich das Modell „Eifelkreis

Schleiden-Monschau“ lange gehalten. Durch kam das Rietdorf-Gutachten, das aus Schleiden und Euskirchen eine Gebietskörperschaft machte.

Zu Grunde lag die Hoffnung, dass es ökonomisch bergauf ginge, wenn man je einen „armen“ Eifelkreis einem wirtschaftlich gesunden zuschlage, also Monschau zu Aachen und Schleiden zu Euskirchen gebe.

Die Rechnung ging nur teilweise auf. Denn der am dichtesten besiedelte, wirtschaftlich besonders starke Norden des Altkreises Euskirchen, die heutige Erftstadt, wurde 1975 im Rahmen der Kreisreform gemäß § 26 Köln-Gesetz unter der Bezeichnung „Erftkreis“ aus den ehemaligen Kreisen Bergheim (Erft) und Köln-Land plus Erftstadt neu gebildet.

Schleiden verlor die Stadt Heimbach und die Gemeinden Hergarten und Vlaten an den Kreis Düren, sowie Einruhr an den Kreis Aachen. Rest-Euskirchen und Rest-Schleiden wurden zum heutigen Kreis Euskirchen zwangsfusioniert. Die Erftstädter waren drei Jahre später scheinbar froh, diesem neuen Kreis nicht mehr anzugehören. Das Wort „Habenichste“ machte die Runde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

50 Jahre später fragt man sich: „Wozu die ganze Aufregung?“ Über die Jahrhunderte gesehen kam 1969 und 1972 zumindest am Bleiberg

zusammen, was sowie so schon immer zusammengehört hatte. Bergbau und Landwirtschaft prägten die Räume Mechernich und Kommern schon immer. Heute muss man sich sogar fragen, was die Folgen gewesen wären, wenn die beiden Zentralorte schon zur wirtschaftlichen Blütezeit im 19. Jahrhundert zusammengefunden hätten? Das Tal der Wupper ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, was geschehen kann, wenn ein Wirtschaftsraum auch kommunalpolitisch zusammenfindet.

Die territoriale Aufsplitterung des Bleiberggebietes ist ein wesentlicher Grund für das Ausbleiben des wirtschaftlichen Durchbruchs während mehrerer Jahrhunderte. Mechernich selber war zwischen den Herrschaften Rath, später Arenberg mit Besitz in Kommern und Blankenheim aufgeteilt.

Unter Napoleon wurde die Trennung von Mechernich und Kommern für lange Zeit zementiert. Die Grenze zwischen unterschiedlichen Bürgermeistereien, Kreisen und Regierungsbezirken, Bistümern und Gerichtsbarkeiten verlief fortan durch den heutigen Mühlenpark und wurde 1814 unter den Preußen weiter manifestiert.

So kamen zwei wirtschaftlich sehr bedeutende Zentren – Mechernich und Kommern – dauerhaft an die Ränder ihrer Gebietskörperschaften zu liegen. Wenige Hundert Schritte lagen zwischen den beiden Zentralorten, doch konnte keiner für sich eine zentralörtliche Funktion für diese Region übernehmen.

Dieser historische Fatalismus – und das ist das unbedingt Entscheidende – hat vor 50 Jahren mit der Kommunalen Neugliederung den Anfang seines Endes genommen. Wäre es hundert Jahre früher zu diesem städtischen Gemeinwesen in unserer Region gekommen, um wieviel anders würde das Gesicht dieser Kommune heute aussehen?

Meine Damen und Herren,

die Entwicklung der Gemeinde Mechernich von 6500 Einwohnern auf über 21 000 Einwohner nach Abschluss der kommunalen Neugliederung im Jahre 1972 auf über 28 000 Einwohner heute wäre ohne die gewaltigen Anstrengungen zur Schaffung der erforderlichen Infrastruktur unmöglich gewesen.

Die wichtigste Maßnahme war der Ausbau des Kernortes zu einer modernen Schulstadt mit allen Schulformen. Der gemeinsame Schulbesuch der jungen Menschen aus den eingemeindeten Ortschaften hat zu einer nachhaltigen Identifikation mit der neuen Stadt Mechernich geführt. Erst dadurch konnten die alten Ab- und Ausgrenzungen nicht nur von der Landkarte, sondern auch aus den Köpfen verschwinden.

In der Generation der vor und während der Neugliederung politisch Handelnden bestimmte häufig noch gegenseitiges Misstrauen und Kirchturmspolitik über viele Jahre das Denken und Handeln. Hingegen glaube ich, dass sich meine und erst recht die nachfolgende Generation heute als Mechernicher verstehen.

Es sei mir heute beim Jahresempfang gestattet, diese historische Einschätzung etwas blumig zum Ausdruck zu bringen: Antweiler, Floisdorf, Obergartzem, Voißel oder Weyer sind heute unterschiedliche Vornamen, der gemeinsame Familienname ist Mechernich . . .

Verehrte Gäste,

Die Frage, woher wir unser gemeinsames Image beziehen, das die Menschen zusammenschweißt und bindet, stand auch 2007 im Mittelpunkt meiner Rede beim Jahresempfang. Ich habe unser heutiges Wir-Gefühl unter anderem mit der gemeinsamen jahrhundertealten Bergbautradition zu erklären versucht. Über 2000 Jahre ist in unserer Stadt Erz abgebaut und verhüttet worden. Der Bleiberg hat den früheren Generationen Arbeit und Brot gegeben sowie wenn auch oft nur ziemlich bescheidenen Wohlstand. Unsere Vorfahren haben schwer gearbeitet und viel geleistet.

Keinesfalls sollten wir unsere Heimat schlechtreden oder in Panikmache verfallen. Um auf die in jüngster Zeit geäußerten Sorgen reagieren zu können und im Interesse der gesamten Bürgerschaft haben Stadt und Kreis unter wissenschaftlicher Begleitung eines namhaften Umweltmediziners die erforderlichen Untersuchungen beauftragt.

Bei allen Problemen und berechtigten Sorgen, die die geogene Bleibelastung in unseren Böden und die Altlasten des Bergbaus noch immer mit sich bringen: Wir dürfen stolz sein auf unsere Stadt, ihre Geschichte und unsere Vorfahren.

Glück Auf!